

Neues Zeitungsblatt

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 508 Jahrgang 212



Bezugspreis: 14 Hefen und anderthalb Bezüge monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 4,00 für Haus. Durch die Post bezogen jährlich, halbjährlich.
Verkaufsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801, Arbeits von 7 Uhr an Abends von 6 Uhr bis 9 Uhr.
Postfach: 20512, Postleitzahl 20512.

Morgenausgabe
Donstag, 14. Oktober

Anzeigenpreis: Die 7sp. 35 mm breite mm-Wandzeile 20 H. Die 5sp. 30 mm breite mm-Wandzeile 40 H. Abdruck nach Zeitungsdruck Halle-Saale.
Verkaufsstelle Berlin: Bernburger Str. 30, Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290, Eilanz Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Ehle Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

- Die Revision der Mäusermäher wurde vom Reichsgericht in Leipzig verworfen.
- In München hat gestern der zweite Geiselmordprozess begonnen.
- Die schwarzen Linien sind gemäß der Entscheidung des Reichsgerichts endgültig abgeklärt worden.
- General G. Eberhard ist im Weltkrieg eingezogen und hat seine neue Kommandostellung übernommen.
- Mit der letzten Preße hat Zelland einen Vertrag mit Amerika abgeschlossen, der für die zukünftige Gestaltung der Handelsbeziehungen von grundlegender Bedeutung ist.
- Der Führer der russischen Westarmee besteht der aus Riga geflohenen lettischen Regierung ein Ultimatum zu.
- Nach flüchtlichen Meldungen befindet sich ganz Albanien im Aufstand gegen die Italiener.

Vor der Befreiung Schlesiens

Breslau, 13. Oktober.
Der Minister für Schlesien, Danzig, teilte dem Reichsrat mit, daß der Friedensvertrag wahrscheinlich in der Mitte dieses Monats in Kraft treten werde, und daß sich eine Züge nach Deutschland ab gesamte Schlesiensgebiet in Schlesien, also erste und zweite Zone, geräumt haben müsse. Man rechne damit, daß die internationale Kommission Ende nächsten Monats die Befreiung Schlesiens durch die Zustimmung in der ersten Zone Mitte November stattfinden werde. Sobald die Zustimmung stattgefunden habe, habe Danemark das Recht, das Land sofort zu besetzen, obwohl es noch nicht dem baltischen Staat überlassen ist. Selbstverständlich werde Danemark von diesem Rechte Gebrauch machen. Auch die Zustimmung in der zweiten Zone werde beschleunigt werden. Nach dem Friedensvertrag soll die Spätens fünf Wochen nach der Zustimmung in der ersten Zone stattgefunden haben, aber, so der Minister, kann man sich nicht sicher sein, wann die Zustimmung in der zweiten Zone stattfinden werde. Danach werde die Kommission die Grenzlinie nach Süden festsetzen und sobald das gesamte Material nach Berlin kommen, wo die endgültige Entscheidung getroffen werde. Nachdem ein Vertrag zwischen Deutschland und den Alliierten über Schlesien abgeschlossen worden sei, werde das Land schließlich an Danemark übergeben werden.

Ein Brief des Kronprinzen Wilhelm

Wie der deutsche Kronprinz die politischen Verhältnisse während des Krieges betrachtet und wie er sich die weitere Zukunft denkt, läßt ein Brief erkennen, den er unter dem 18. August dieses Jahres an den Wittmiller A. nold R. eberg, seinen früheren Ordnungsoffizier, antwortend an dessen Aufträge in der „Königlichen Rundschau“, geschrieben hat.

Den 18. August 1919.

Mein lieber Reichsgraf!
Sie haben in Ihrer Zeit zu wackelnden Mäusen in solcher und anderer Art die Verhältnisse, welche von den verschiedenen Seiten über mich erzählt sind, durch Ihren besonderen Einblick wiederholt. Hierfür möchte ich Ihnen meinen von Herzen kommenden Dank sagen. Es hat mir sehr wohlgetan, daß Sie Ihre Meinung für mich nicht geschwiegen haben. Sie wissen ja, wie ich schon lange vor dem Krieg auf die diplomatische Einseitigkeit derzeit habe, um Mittel und Wege zu finden, die immer noch besser aufstehen. Ich habe den Krieg zu vermeiden, denn wäre Deutschland Entschädigung eine Menge gut gegeben. In der inneren Verwaltung vor dem Krieg eine geordnete, unsere Landwirtschaft und unsere Industrie waren im Aufstehen, unsere soziale Lage war eine gute Grund zu einer glücklichen Behaltung der Arbeiterfrage geht. Das Deutsche Reich würde sich der modernen Entwicklung anpassen, was das alles war durch das Ansehen des Reiches gegeben. Sie erkennen sich sicher noch unklar, die Geschichte nach der Schlacht an der Marne, die nur durch die Kopplosigkeit und durch das Versagen der damaligen Obersten Heeresleitung zu einem so empfindlichen Mißerfolg wurde. Der Schlieffen'sche Plan zerbrach endgültig an der Marne, durchbrochen war er schon im August. Es war mir somit bereits im Herbst 1914 klar, daß der Krieg kein militärisch nicht mehr zum erfolgreichen Ende geführt werden konnte. Meine Ansicht, daß daraus ein baldiger Frieden anzustreben sei, habe ich oft genug zum Ausdruck gebracht. Mein damaliger Wunsch, einen Friedensvertrag mit Frankreich zu schließen, bewirkte sich nur — und wie Sie wissen, nur das befür, einen solchen Frieden zuliebe, Opfer zu bringen —, dann dort das nicht nur für Deutschland, sondern, wenn man die ungeheuren Menschenverluste und die durch den Krieg verursachte Zerstörung des Landes in Rechnung stellt, auch für das französische Volk weitlich glücklicher gewesen als das schließliche Scheitern des Krieges. Je länger aber der Krieg dauerte, um so mehr mußte ich erkennen, daß die ein-

schärfere Voraussetzung für eine glückliche Beendigung des Kampfes, nämlich eine zielbewusste politische Leitung, nicht gegeben war. Die Energie unserer Gegner, unsere geistliche gefahrt hätte, überhaupt festigte. Sie können sich schwer einen Begriff davon machen, noch ich in den letzten Jahren des Krieges unter der Erkenntnis dieser Verhältnisse gelitten habe. Auch zu dem Entschluß, den Frieden mit England auf dem Wege eines Ausgleichs der wirtschaftlichen Gegensätze zu suchen, führte der einheitliche politische Wille. So kam, doch kommen mußte. Ich habe aber auch einen vergeblichen Kampf gegen die meines Erachtens unrichtige Behandlung unserer öffentlichen Meinung empfunden, denn ich sah, daß wir schon lange in einem Zerwürfniß verfaulten. Man konnte sich also meines Erachtens nicht über den gänzlichen Zusammenbruch in der Heimat wundern.

Nach ich hätte schon gerne einmal etwas über die Dinge, die ich weiß, veröffentlicht. Ich möchte aber nicht den Anschein erwecken, als gehöre ich zu denen, welche, wie es jetzt in Deutschland so oft geschieht, die Schuld am bevorstehenden Krieg auf andere schieben wollen. So werde ich zunächst noch damit beizeln. Ich ist es manchmal nicht bei allem zu schweigen, vor allem nicht, wenn mir borgenommen wird, ich habe zur Befreiung des Reiches beigetragen, was zu überlegen mir aus Grund authentischen Materials leicht wäre. Momentan scheint ja in Deutschland überhaupt kein günstiger Boden für ruhige und unparteiische Beurteilung irgendwelcher Fragen zu sein, und solange die Deutschen über der Parteipolitik das große nationale Gesamtwort vergerichtet ist keine Befreiung möglich. Aber auch die politischen Richtungen der anderen Staaten scheinen sich mehr und mehr zu verzerren, und es macht fast den Eindruck, daß nirgends klare und fruchtbare Ziele verfolgt werden. Niemand kann daher sagen, ob und wann Europa eine Ruhe kommen wird. Das kann meines Erachtens nur dann geschehen, wenn eine Lösung gefunden würde, welche den Interessen aller Nationen soweit als möglich gerecht wird und welche die Sicherheit gegen erneute Kriege in sich trägt.

Mit den herzlichsten Grüßen Ihr getreuer und dankbarer
Geg. Wilhelm

Ein Ultimatum an Letland

Reval, 13. Oktober.
Nach der vorliegenden Meldung (siehe Vermont) der lettischen Regierung ein Ultimatum, in dem eine politische Forderung an Letland gestellt ist. Die lettische Regierung überreichte nach Reval: gegenwärtig ist Riga noch in lettischer Hand. Das lettische Vorkriegsamt meldet: Angriffe in Richtung Riga, Friedrichs und die unter Teilnahme von Bannern und Angehörigen der lettischen Armee, welche die Letten von Riga geschickt hat. Die lettische Regierung richtet ein Ultimatum an die Alliierten, die Polen und Estland.

Die lettischen Truppen haben sich jetzt das rechte Ufer der Düna. Estland ist jedoch Letland anzuheben und in der Hand einer Bannern, der an den Offizieren teilnahm. Offizielle Kriegsberichte sind zusammen mit den Kriegsschiffen der Ostsee vor Reval nach Riga gefahren.
General Jubenitis hat Vermont als Bannern besetzt und eine Reihe Offiziere zum Mord aufgeführt. Ostentfreundliche russische Kreise und die Letten urteilen ebenso. Unter den Offizieren und Mannschaften der Nordwestarmee (siehe) hingegen harte Bestimmungen für Vermont vorhanden zu sein, so daß die lettische Regierung bereit war, sich eine weitere Überwachung des russischen Militärs anordnet hat. — Die Nordwestarmee meldet Fortschritte gegen Vieska.

Witau, 12. Oktober

Oberst Wassow-Vermont, der Oberkommandierende der russischen Westarmee, hat folgenden Rundpruch an General Denkin in Riga gefahren:
Am 8. und 9. Oktober haben meine Truppen vor Riga die lettischen und estnischen Kräfte aus dem Haupt gefahren. Diese waren dazu bestimmt, mich anzugreifen und die von mir aufgestellte freiwillige russische Westarmee aus Riga zu verdrängen. Zudem ich damit meine Pflicht erfüllt habe, die Riga, die in meiner Hand ist, zu halten. Die lettischen Offiziere sind zu fassen und damit das feindliche Verhalten der Armeesparte gegen die Russen zu erleichtern.
Oberst Wassow-Vermont

Der zweite Geiselmordprozess

München, 13. Oktober.
Vor dem Münchener Volksgericht begann heute der zweite Geiselmordprozess. Angeklagt sind der Berliner Kaufmann Debus, der Regelmörder Rudolf Weimer, der Polizeibeamte Alois Sammerfeld und der russische Staatsangehörige Studer Andreas Strelenk. Die letzteren drei stehen unter der Anklage, gemeinschaftlich mit anderen vorwiegend russischen Getötet und die Tötung mit Überlegung ausgeführt zu haben.
Der Sachverhalt bezieht sich auf die drei letzten Angeklagten die Todesstrafe, gegen Debus 15 Jahre Zuchthaus. Die Urteilsverkündung durch Oberlandesgerichtspräsident Kull, der auch den ersten Geiselmordprozess leitete, erfolgt morgen.

Zur Reform der höheren Schule

Bonn
Oberlehrer Rudolf Sellheim.
Die Einheitschule im Sinne gewisser Schulreformer lehnt nach uneren Ausführungen in Nr. 498 der „S. Z.“ die Halleische Oberlehrerschaft ab, legt es aber für eine drei- bis vierjährige einheitliche Grundschule ein. Das ist wenigstens die Ansicht der überwiegenen Mehrheit der Lehrerschaft an den höheren Schulen Halles, während es natürlich auch Anhänger der bisher bestehenden Verhältnisse gibt und auch solche, deren Reformvorstellungen weit über das angebotene Maß gehen. Stellen wir heute zusammen, wie sich diese Kreise den Reformen an höheren Schulen gegenüber verhalten.

Schon seit Jahr und Tag lassen sich Rufe nach einer Reform der höheren Schulen hören. Abmohl auf der anderen Seite das deutsche Schulwesen selbst für andere Länder als vorbildlich gilt. Zur Abhilfe des Weltkrieges verurteilen dann zunächst solche Kräfte; meistens doch die deutschen Zeitungen in ihm auch den deutschen höheren Schulen das beste Zeugnis auszusprechen. Allein, bald bricht der Reformeifer mit neuer Wucht hervor, und was dann an Plänen und Vorschlägen an die Öffentlichkeit getreten ist, geht über das bisherige hinaus. Hier radikalen Veränderungen zeigt man sich nun in Halle abmohl; wohl aber erkennt man die Notwendigkeit der Abstellung gewisser Zustände an, die sich zunächst im äußeren Aufbau, dann auch im Unterrichts- und Lehrbetrieb der Schule als reformbedürftig erweisen oder den veränderten Verhältnissen nicht mehr genügend Rechnung tragen. Inzwischen hört man entgegen anderen Plänen und neuartigen Vorschlägen der höheren Schule grundfalsch fest, vermag sich auch nicht mit dem Gedanken zu befriedigen, dass die Reform der höheren Schulen nur dann zu Stande kommen wird, wenn man sich nicht mit dem Gedanken begnügt, das durch die alte Methode der Schulbildung herbeigeführt, die sechs ohne Fremdsprache nur zur höheren Schule rechnet. Durch eine Verchiebung des fremdsprachlichen Anfangsunterrichtes muß sich aber notgedrungen das gesamte Ziel der höheren Schule verchieben. Und das bedeutet wohl eine Veränderung ihrer Leistungsfähigkeit. Laugen aber wollen sich die heutigen Philosophen wenden, gegen die neue gegen das Zeugnis, das sich in der Vermittlung der hoch allgemeinen Bildung herabsetzt. Die vorliegende Sache ist ein Stöckchen in der Hand der Letzten. In der Zukunft mehr denn je Verantwortlichkeit mit feinem, sittlichem Willen und guten, sicheren Kenntnissen heranzubilden, nicht aber Leute, die in allen Sätzen gerecht sind. Arbeiten muss unsere Jugend wie das gesamte deutsche Volk lernen, sie muss sich dieses Qualitätsarbeit leisten, nicht aber in allen Fächern gerade „genügen“ haben. Daher hat man sich in unseren Kreisen auf den Satz geeinigt: Keine höhere Schule hat gleichzeitig mehr als zwei verbindliche Fremdsprachen. Denn es ist ein Unwahn, neben all den anderen Fächern drei fremde Sprachen zu verlangen; darunter muss die Gründlichkeit des Unterrichts- und Lehrbetriebes, die geistige Leistungsfähigkeit wie auch das allgemeine Befinden der heranwachsenden Geschlechter leiden. Gewiss, es gibt praktisch außerordentlich befähigte Köpfe; ihnen bleibt es unbenommen, sich in Zukunft an besonderen, von der Schule einmündigen Lehrgängen freiwillig zu beteiligen. So haben wir es schon heute am Gymnasium A. V. mit dem Hebräischen, an der Oberrealschule mit dem Latein. Auf Grund des angeführten Satzes läßt sich auch die Eigenart jeder der höheren Schulgattungen wieder betonen; so wird das Gymnasium wieder die Schule, die ihre besondere Aufgabe darin zu erfüllen hat, die Jugend in erster Linie für die Hochschule vorzubilden und ihren Schülern die fortlaufenden Kulturverhältnisse und ihrer Zeit unter Verbeugung ihrer Bedeutung für unser deutsches Volk aufzuweisen. Denn es erscheint als selbstverständlich — wie auch zum Ausdruck kam —, daß das Gymnasium die altpraktisch-historischen, die Oberrealschule die neupraktisch-mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer betreibt, während das Realgymnasium seiner Vermittlungsrolle entsprechend eine alte (Latein) und eine neue Fremdsprache lehrt. Welches nun die sein soll, darüber ist keine Entscheidung getroffen. Bisher haben ja die höheren Schulen, die mit einer modernen Fremdsprache diesen Unterricht begannen (Oberreal- und Reformschulen), in überwiegender Menge mit Französisch eingelegt. Daher weist die geschichtliche Entwicklung der Schulen, dahin weisen die kulturellen Zusammenhänge. Aber gerade der Weltkrieg hat in dieser Richtung bei nicht wenigen einen Umschwung herbeigeführt. Entsprechend der Bedeutung des Englischen, besonders auch für uns Deutsche in Zukunft, soll jetzt — so möchten diese Kreise — die englische Sprache in den Vordergrund gerückt werden. Für das Gymnasium aber bedeutet der Fortfall der dritten verbindlichen Fremdsprache seine Beschränkung auf Latein und Griechisch. Sie sind nun einmal das Merkmal dieser Schulgattung; fehlt eine, so haben wir kein Gymnasium mehr. Deshalb bleibt doch dem einzelnen Schüler, der Lust und Fähigkeit besitzt,

die Möglichkeit, im freiwilligen Unterricht eine moderne Sprache zu erlernen. Nur der Unterricht in der deutschen Sprache ist ein notwendiges Lebensbedürfnis, während sonst nur die deutsche Sprache ein Luxus ist, den die deutsche Jugend nicht zu leisten vermag.

Als einen weiteren Punkt der für die Neuordnung des höheren Schulwesens in den Galizischen Provinzen von Wichtigkeit ist, muß man die Betonung des Deutschunterrichts anführen. Durch den Fortfall der dritten verbindlichen Fremdsprache werden ja in einzelnen Klassen mehrere Wochenstunden frei. Diese werden im wesentlichen dem Deutschen, der Geschichte, Erdkunde und philologischen Propädeutik überlassen. Mit Recht wird diese Förderung, Betonung des Deutschen, gefordert. Und auch nach die Geschichte angeht, so hat von der Erziehung ihrer Stundezahl das Hauptgewicht die deutsche, vaterländische Geschichte, freilich muß man sich vor dem Irrtum hüten zu glauben, dem Deutschen wäre durch möglichst starke Erziehung der Stunden abgeholfen. Nachträglich mag eine Zusammenziehung der wöchentlichen fremdsprachlichen Unterrichtsstunden und eine solche der deutschen noch zu richtig und einwandfrei sein, hieselbst ist eine derartige Gegenüberstellung noch nicht dem Zustand der deutsche allgemeine Unterrichtsfrage, ferner wird unter rechtlicher Anleitung das Überleben aus der Fremdsprache auf die eigene Muttersprache befrachten werden, und schließlich den Ausschlag gibt auch in dieser Hinsicht der Geist, die Persönlichkeit des Lehrers. Der aber kann und muß in allen Stunden deutsch sein. Immerhin erscheint die Vermehrung der deutschen Stunden der Bedeutung unserer Muttersprache und ihrer Schriftensmaler entsprechend als durchaus notwendig und die geforderte Vermehrung berechtigt. All dem ist notwendig wird anerkannt, daß der erdunkelte Unterricht auf allen Klassenstufen aller Schularten mindestens eine Wochenstunde bekommt und der geschichtliche verläßt wird. Bei jenem handelt es sich, abgesehen von rein erdunkelnden Fragen, vor allem darum, den Schülern klarzumachen, in welcher Weise das deutsche Volk mit den einzelnen Völkern in Beziehung steht. Bei diesem soll nicht die Vermehrung des Unterrichtsstoffes das Ziel sein, im Gegenteil fröhliche Zusammenfassung, weitere Befristung. Die erste Stundenzahl muß in erster Linie der Sprache zufließen, und trotz knapper Zeit schon vornehmlich Vertiefung des Geschichtsunterrichtes dienen. So sind Quellen und anschauliche Beschreibungen heranzuziehen. Man begnüge sich nicht einfach mit den Ereignissen, sondern betone die jeweiligen Zustände als Ergebnis der bisherigen und als Ursache sich einwirkender Ereignisse. Man stelle Liederbeispiele zusammen, die die großen Zusammenhänge erkennen lassen; man gebe klare Bilder der führenden Persönlichkeiten, lasse die Zustände der verschiedenen Perioden lebendig greifbar vor Augen treten. In der alten und mittelalterlichen Geschichte muß mehr als bisher die Grundlage und Ursache der modernen Verhältnisse gegeben werden. Im Vordergrund muß freilich die vaterländische Geschichte, besonders in den letzten Jahrhunderten stehen mit ihren großen, führenden Persönlichkeiten. Bei einer solchen Darstellung und Unterrichtsweise entsteht erst eine wirkliche Liebe zum deutschen Vaterland, die Betonung seiner Eigenheiten, aber auch ohne Beugung fremden Einflusses, ohne den deutsche Art nicht zu verlieren ist. Erst so wird dem deutschen mit seinem starken idealistischen Einflusse verständlich. — Eine Abtrennung der staatsbürgerlichen Belehrung vom Geschichtsunterricht wird nicht gewünscht. Und in der Tat ist die meines Erachtens als besonderes Fach nicht geeignet, so weitgehende Fragen zu behandeln. Aber sie verfallt dann allzuleicht in ein abes System und erreicht dann gerade das Gegenteil von dem, was man will. Anteilnahme erwecken am Staat. Gefordert wird weiterer philologische Propädeutik in den obersten Klassen und funktionsfähiger Unterricht unter Vorbereitung der Deutschen Nation. Ueber den Namen des Vorkurses hinausgehend, besagt ein nächster Punkt: Zu erwidern ist der Aufbau einer weiteren Form der höheren Schule mit nur einer verbindlichen Fremdsprache und Vertiefung des Deutschen, der Geschichte und Erdkunde, möglich im Anschluß an eine bestehende höhere Schulform. Außerdem ist abgesehen von einer Neugestaltung des Mittelschulunterrichtes, noch die Schulreform mit Rücksicht auf die körperliche Erhaltung der deutschen Jugend erörtert. Für muß nach Berücksichtigung aller glücklichen Verhältnisse und bei der erzwungenen Einschränkung unserer militärischen Rüstungen vermehrte Beachtung geschenkt werden. Alles, was die Gesundheit des heranwachsenden Geschlechtes schädigen kann, muß beseitigt, zum mindesten abgemildert, alles, was sie zu fördern vermag, gefördert werden. Dazu gehört zum einen, im weitesten Sinne des Wortes verstanden, die des Wanderns. Um das aber in erhöhtem Maße unserer Schulung zu ermöglichen, ist eine weite Einschränkung der häuslichen Aufgaben, besonders in den ersten Schul- und dem Entwicklungsjahren, nöthig. In dieser Hinsicht läßt sich auf den höheren Schulen durch Verminderung unnötiger Schreibarbeit und des Log. Vorkurses, sowie nach anderen Gründe rufen, Beförderung und Erleichterung Klassen Zusammenfassungen können hier diese Reformwünsche in die vier Punkte:

- 1. Keine Minderung der Leistungsfähigkeit der höheren Schulen;
2. Abklärung unter Betonung der einzelnen Schulart;
3. Betonung des Volkstums;
4. Körperliche Erhaltung der Jugend

Dreier Handel oder Zwangswirtschaft?

Die Schwierigkeiten in der Lederindustrie

Nationalversammlung

Berlin, 18. Oktober.

Die Nationalversammlung hat am 17. Oktober in der Sitzung um 1 Uhr 25 Min. Präsident Debrauck eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Min. Der Gegenstand betreffend Veränderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol wird an den heutigen Nachmittag vertagt.

Es ist eine irge Annahme, daß ich in Ausnahmefällen hätte die freie Wettbewerbswirtschaft werde eine Verbilligung des Leders herbeiführen. Im Gegenteil habe ich als Folge der freien Wettbewerbswirtschaft eine erhebliche Preissteigerung erwartet. Die Annahme, daß die Preise auf das Drei- bis Vierfache steigen würden, ist leider noch weit übertrieben worden. Dennoch lassen sich für die freie Wettbewerbswirtschaft unter den gegenwärtigen Verhältnissen erhebliche Gründe anführen. Im Norden denken wir unter anderem an Schweden, das 80 Prozent in indischen Häuten und 20 Prozent in russischen Häuten mit vom Auslande. Im Jahre 1918 betrug der Lederbedarf für die Schuhfabrikation 800 800 Tannern, er ging 1917 zurück auf 214 000 Tannern und 1918 auf 191 700 Tannern. Diese Zahlen zeigen, daß die Lederindustrie in Deutschland neben der heimischen auch die ausländische Lederindustrie in sich die Einfuhr fast gar nicht mehr in Betracht. Im Preisverhältnis wurde unter

Lederbedarf für die Schuhfabrikation im Jahre 1918 betrug der Lederbedarf für die Schuhfabrikation 800 800 Tannern, er ging 1917 zurück auf 214 000 Tannern und 1918 auf 191 700 Tannern. Diese Zahlen zeigen, daß die Lederindustrie in Deutschland neben der heimischen auch die ausländische Lederindustrie in sich die Einfuhr fast gar nicht mehr in Betracht. Im Preisverhältnis wurde unter

Die Nationalversammlung hat am 17. Oktober in der Sitzung um 1 Uhr 25 Min. Präsident Debrauck eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Min. Der Gegenstand betreffend Veränderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol wird an den heutigen Nachmittag vertagt.

Die Nationalversammlung hat am 17. Oktober in der Sitzung um 1 Uhr 25 Min. Präsident Debrauck eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Min. Der Gegenstand betreffend Veränderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol wird an den heutigen Nachmittag vertagt.

Die Nationalversammlung hat am 17. Oktober in der Sitzung um 1 Uhr 25 Min. Präsident Debrauck eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Min. Der Gegenstand betreffend Veränderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol wird an den heutigen Nachmittag vertagt.

Die Nationalversammlung hat am 17. Oktober in der Sitzung um 1 Uhr 25 Min. Präsident Debrauck eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Min. Der Gegenstand betreffend Veränderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol wird an den heutigen Nachmittag vertagt.

30 politische Versammlungen der U. S. P.

Die U. S. P. hat für morgen abend um 7 Uhr in Groß-Berlin 30 öffentliche politische Versammlungen einberufen, die gegen das gemeinsame Verbot der Reichsteilung als einen unzulässigen Akt der Regierung protestieren sollen. In einer heute abgehaltenen Sitzung hat das Komitee beschlossen, die Versammlungen zu veranstalten. Das Verbot wird damit begründet, daß die Versammlungen vorher nicht polizeilich angemeldet worden sind. Der Parteipräsident ist beauftragt worden, die Abhaltung der Versammlungen mit allen Mitteln zu beschleunigen.

Die Ausfuhrverbote

Bei der Anterpellation mit Reichskriegsminister Debrauck hat sich die Nationalversammlung am 17. Oktober in der Sitzung um 1 Uhr 25 Min. Präsident Debrauck eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Min. Der Gegenstand betreffend Veränderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol wird an den heutigen Nachmittag vertagt.

Reichskriegsminister Debrauck

Bei der Anterpellation mit Reichskriegsminister Debrauck hat sich die Nationalversammlung am 17. Oktober in der Sitzung um 1 Uhr 25 Min. Präsident Debrauck eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Min. Der Gegenstand betreffend Veränderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol wird an den heutigen Nachmittag vertagt.

